



Wanderer

Neueste, polnische Zeitung des Industriebezirks, bewährtestes Anzeigenblatt

Heute: Sport in Oberschlesien

Der "Wanderer" erscheint werktäglich, mittags. — Bezugspreis monatlich in Deutsch-Oberschlesien 650000 deutsche Mark, in Polnisch-Oberschlesien 80000 polnische Mark, im Voraus zahlbar frei Haus. — Durch die Post bezogen 680000 deutsche Mark. — Preise freibleibend — Betriebsstörungen, hervorgerufen durch höhere Gewalt, Streik und deren Folgen begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises. — Die einseitige m-m-Zeile kostet in Deutsch-Oberschl. für auswärtige u. amtliche Anzeigen 40000 deutsche M., für Ortsanzeigen 25000 deutsche M., Restame-m-m-Zeile für auswärtige Anzeigen 100000 deutsche M., für Ortsanzeigen 75000 deutsche M.; in Polnisch-Oberschl. für auswärtige u. amtliche Anzeigen 2000 poln. M., für Ortsanzeigen 1500 poln. M., Restame-m-m-Zeile 6000 und 4000 poln. M. Angebots- u. Aufnahmefristen 5000 M. und Porto. Beilagengebühr 25000 M. Bei gerichtl. Mitwirkung, bei Akford. ob. bei Kontur- fällt jede Rabattbemittl. fort

Pariser Hoffnungen auf Stresemann

Der Rechtsstandpunkt

Von unserem Berliner Vertreter.

Außerordentliche Beachtung verdient ein Artikel, den Professor Keynes in seiner Londoner liberalen Wochenchrift "The Nation" veröffentlicht. Er beschäftigt sich in ihm mit dem Rechtsstandpunkt der englischen Kronjuristen, das bekanntlich zu dem Schluss gekommen ist, das französisch-belgische Vorgehen der Ruhrbesetzung sei keine durch den Friedensvertrag zugelassene Sanktion. Man hat, nach diesem Gutachten, auch in Deutschland bereits darauf hingewiesen, das demnach alle Handlungen der Franzosen im besetzten Gebiet der Grundlage entbehren und die deutsche Auffassung bestätigt sei, die sich immer wieder in Protesten gegen jeden französischen Willkür kund tut. Man kommt aber der englische Rechtslehre auch zu diesem Schluss, das eine rechtliche Handlung nicht vorliegt, das französische Vorgehen eine Kriegshandlung darstelle. Indessen verbietet das Statut des Völkerbundes, das auch von Frankreich anerkannt ist, den Franzosen einen Krieg, ohne Anbahnung des Völkerbundes. Frankreich hat demnach nicht nur gegen den Versailler Vertrag verstoßen, sondern auch gegen die Statuten des Völkerbundes. Der Völkerbund fordert, das jede Macht, die seine Statuten anerkennt, hat sich dem Urteil des Völkerbundes und schließlich dem Völkerrecht zu unterwerfen. Frankreich ist verpflichtet, das Schiedsgericht anzunehmen.

Frankreich hat nun auf die englische Feststellung geantwortet, demnach hätte auch Lloyd George, als er die Weisung des britischen Außenministeriums erhielt, gegen die Besetzung der Ruhr zu protestieren, sich auf den Versailler Vertrag und das Statut des Völkerbundes zu beziehen. Keynes spricht sich nun dafür aus, das England diesen Fehler geben müsse, denn es sei ein Fehler gewesen, es sei eine Kriegshandlung gewesen, die nicht vorgenommen werden durfte. Es ist von außerordentlichem Wert, auch in Deutschland diese Rechtsgrundlage zu beachten. Dadurch wird der deutsche passive Widerstand nach jeder Richtung gerechtfertigt, dadurch wird Frankreich moralisch gezwungen, sich aus dem Ruhrgebiet ohne weiteres zurückzuziehen und alle Sanktionen fallen zu lassen, denn selbst wenn er nicht mehr den deutschen Widerstand gegen den Versailler Vertrag aufrecht erhält und sich zu einer Kriegshandlung bekennt, so darf es diese nicht vorsehen, ohne sich mit dem Völkerbund in Widerspruch zu setzen.

Die Folge dieser Auseinandersetzung muß also sein, das sich Frankreich entweder dem Völkerbundsgericht unterwerfen oder aus dem Völkerbund ausscheiden. Keynes hebt hervor, das durch das englische Gutachten endlich der Völkerbund eine Rolle zu spielen beginnt und zwar die, dem Recht zum Siege zu verhelfen. Man muß interessiert sein, wie sich dieser Streit entscheidet. England kann jedenfalls nicht mehr von diesem Gutachten zurückweichen, und wenn es noch nicht auf alle abschlägigen Paragrafen Frankreich gegenüber Bezug genommen hat, so will es wahrscheinlich einseitig Frankreich Unrecht noch nicht in dem Maße betonen, das sich Frankreich selbst fühlen könnte. Es hofft wohl aber, Frankreich werde selbst die Konsequenzen aus dieser Stellungnahme ziehen. Eine englisch-französische Verständigung nach der Richtung, die sie neuerdings zwischen London und Paris geant sein soll, ist demnach ausgeschlossen. Es gilt einen Weg, der das Gutachten hinwegrücken könnte. Und demnach bleibt die Forderung des Völkerbundes immer noch bestehen, um Recht zu sprechen und ein Unrecht gutzumachen, das freilich der Völkerbund schon in seinem Entschließen nicht haben dürfte. Denn wir auch kein sonderlich großes Vertrauen zum Völkerbund haben, so müssen wir doch mit dem annehmen, das diesmal das deutsche und das Recht nicht zu beugen in der Lage sein kann und Frankreich auf den Weg zu weisen hat, der allein lagbar ist: auf die Entfesselung aller Feindseligkeiten, sogar auch die Gutmachung des Schadens, den verursacht, weil es dafür keine Rechtsgrundlage hat.

Kommt endlich, wie Keynes annimmt, eine Reinigung der verworrenen Verhältnisse, befreit man sich dazu, endlich das Recht geltend zu lassen, entschließt man sich, das Recht mit Keynes zu sprechen, zu retten, so wäre eine Verständigung zwischen Deutschland und den Alliierten, selbst mit Frankreich möglich. Wir erkennen jedenfalls aus diesen Feststellungen, das die Schwierigkeiten seit dem Versailler Vertrag dadurch entstanden sind, das das Recht willkürlich gebogen und namentlich Frankreich weit über seine Rechte

Wie man sich eine Annäherung denkt

In Pariser eingeweihten Kreisen hofft man, wie die "N. D." meldet, das es sich durch das Einlenken des französischen Ministerpräsidenten ermöglichen lassen werde, mit England zu Verhandlungen zu kommen und an eine ernstliche unzerstörliche Lösung des Ruhrproblems sowie der Reparationen heranzugehen. Ferner ist in der Umgebung Poincarés die Ansicht vertreten, das die Haltung des Kabinetts Dr. Stresemann begründete Hoffnung hege, sich mit Deutschland einigen zu können. Die Erklärungen des Reichkanzlers über seine Auffassung von der Ruhrfrage, die man allerdings hier als nicht genügend klar bezeichnet und die man durch bestimmtere Zusagen ergänzt zu sehen wünscht, werden immerhin als eine

bedeutende Förderung für die Möglichkeit einer Verständigung betrachtet, und dies um so mehr, weil Poincarés offensichtlich bereit zu sein scheint, der neuen deutschen Regierung gewisse Konzessionen zu machen, zu denen er sich vorher nicht entschließen konnte.

Man nimmt an, das auf dem Umweg über London die deutsch-französische Annäherung erfolgen könne, allein zu Verhandlungen würde es erst dann kommen, wenn vorher die Haltung Deutschlands in der Frage des passiven Widerstandes einerseits und die Zugeständnisse Frankreichs in der Ruhrfrage andererseits, in Paris bzw. in Berlin akzeptiert werden.

Stresemann will sich anbieten

Ob. Berlin, 20. Aug. (Eig. Ber.) Die Entfaltung der Berliner Regierung über die Rede Poincarés in Charleville ist allgemein. Poincarés hat in völliger Richtung der ersten Reichstagsrede Dr. Stresemanns diese überhaupt Stresemanns Bezug genommen, die Poincarés dem neuen Napoleon Frankreichs genannt hat. Jede sachliche Stellungnahme Poincarés zu den aktuellen Fragen der Ruhrfrage fehlt. Weder über die Ruhrfrage noch über die Reparationen hat Poincarés irgend ein Wort an die deutsche Adresse zu sagen gehabt. Trotz dieser Befriedigung der letzten Erklärungen der deutschen Regierung durch den französischen Machthaber will Dr. Stresemann demnach in den nächsten Tagen Herrn Poincarés antworten.

Folgen der Lebensmittelpnot

Berlin, 20. Aug. Die bedauerliche Landunruhe in der Ruhr breitet sich immer weiter aus. Soweit bis jetzt berichtet ist, nähmen sie ihren Anfang an der Grenze des Großberliner Weichbundes, wo ganze Kolonnen von Großstädtern mit ihren Familien zur Flucht gezwungen sind. Bei Potsdam und Werder ist selbst das in Gärten stehende Getreide fruchtlos zur Nachtzeit abgehauen, so das ganze Ackerland steht. Gestern abend sind an der Scharfhamburger Bahn von mehreren 100 Personen unweit Finckenburg die Getreidefelder geplündert worden. Sie waren zum Teil mit Karren und Mähdern gekommen. Einem Landwirt ist schätzungsweise die Frucht von 1 1/2 Morgen geraubt worden.

Sachsen macht keine Zugeständnisse

Ob. Dresden, 20. August. (Eig. Ber.) Der sächsische Ministerpräsident D. Reiner hat gestern Vertreter der sozialistischen Presse empfangen. Er sagte u. a.: Ich habe in Berlin keine Zugeständnisse dem Reichskanzler gemacht und ich bin an der Kassung der offiziellen Verlautbarung des Reichskanzlers über unsere Zusammenkunft ganz

unschuldig. Ich denke nicht daran dem Reichskanzler Konzessionen zu machen, denn ich bin ein unerschütterter Vertreter von den Besitzenden ausgebaut. Ich glaube auch, das der Weg zu einer Dauer- u. Arbeiter-Regierung nicht allzufern sei. (?)

Ermäßigte Frachten für Lebensmittel

Berlin, 20. August. Gegen die 20fache Erhöhung der Bahnfrachten haben die Gewerkschaften sowie sechs Bundesvereinigungen insofern Einspruch bei der Reichsregierung erhoben, als sie die Befreiung der notwendigen Lebensmittelendungen von der erhöhten Bahnfracht bis auf weiteres verlangen. Der Reichsminister hat sich in den nächsten Tagen hierzu Stellungnahme.

Diplomaten-Empfang beim Kanzler

Berlin, 20. Aug. Vorgestern abend ist der deutsche Geschäftsträger, Botschaftsrat v. Goeß, aus Paris kommend, in Berlin eingetroffen, er hatte mit dem Reichskanzler eine lange Unterredung, in der er über die Ansichten der maßgebenden Pariser Kreise Bericht erstattete. Er wird einige Tage in Berlin bleiben, um dann mit neuen Instruktionen nach Paris zurückzukehren. In den nächsten Tagen wird auch der deutsche Botschafter in London und der deutsche Gesandte in Rom in Berlin erwartet.

Stellen für direkte Ansprache

Ob. Mailand, 20. August. (Eig. Ber.) Wie der Setolo meldet, habe auch Stellen nach Berlin den Rat gelangen lassen, den Weg einer direkten Ansprache mit Frankreich zu suchen. Die Meinung ist umso beachtenswerter, als der Setolo jetzt sächsisches Regierungsorgan ist.

Eine neue Markführung?

Berlin, 19. August. Wie die Welt am Montag aus parlamentarischen Kreisen hört, hat sich das Reichskabinett in seiner Sonntagsberatung mit finanziellen Fragen, vor allem mit einer Markführungsaktion, beschäftigt.

Absendung der französischen Antwort nach London

XX. Paris, 20. August. (Eig. Bericht.) Brüsseler Meldungen zufolge haben die Herren Thoms und Nolde gestern die französische Note geurteilt. Beide Minister kamen zu dem Schluss, das eine neuerliche Kränkung des französischen Dokuments im Ministerrat überflüssig sei. Die belgischen Minister werden sich am Mittwoch zu dem Zweck versammeln, um den Wortlaut der belgischen Note festzulegen, die um zwei oder drei Zeilen nach der französischen Antwort in Paris eintreffen wird. Den ursprünglichen Meldungen der Blätter entgegen, wird die französische Note heute Abend oder morgen früh der englischen Botschaft in London überreicht werden. Ein Exemplar wird nach London und ein

anderes wahrscheinlich nach Brüssel bei P. Dene, wo sich Lord Curzon zur Kur aufhält, gesandt. Demnach ist sich die französische Regierung im klaren, das die belgische Antwort (von untergeordneten Fragen abgesehen) im großen und ganzen der Note Poincarés entsprechen werde. Die belgische Antwort wird die Möglichkeit einer internationalen Unterhaltung zum Zwecke einer allgemeinen Lösung des Reparationsproblems in den Vordergrund rücken. Der Minister glaubt schließlich zu wissen, das Belain nach dem Vorzeichen Frankreichs und Englands in seiner Note die Höhe seiner finanziellen Ansprüche namhaft machen werde.

Immer höher mit der Steuerrückwirtschaftlichen Dummheiten.

— v. Berlin, 20. August

Es war nur ein kurzes Aufatmen. Auf die leichte Markbesserung anschlüssig des Kabinettswechsels Lind-Stresemann scheint bereits wieder Devisensteigerung neue Inflation, weitere unerhörte Steuerrückwirtschaft zu folgen. Wo liegen die Gründe? In der Außenpolitik offenbar nicht. Poincaré hat den Engländern eine Antwort geschrieben, die sich ebenfalls auf eine Fortsetzung der Verhandlungen einläßt. Er hat sogar angeblich die Absicht, Deutschland endlich eine Antwort auf die Note vom 7. Juni zu erteilen. Alles Zeichen und Wunder, die eigentlich auf die Verbände deutsche Währung belebend wirken sollten. Wo liegt also die Schuld? Sie liegt in den inneren Verhältnissen und in der vorwiegend aus den Augen gegangenen Wirtschaftspolitik. Der Staat hat sich mit seinen neuen unerschütterten Lohn- und Posttarifen an die Spitze der Preissteigerung gestellt. Wenn schon die Androhung der 10- und 20fachen Gehälter hat die Geschäftswelt veranlaßt, die Preise hinaufzusetzen, obwohl der Dollar im Augenblick zu sinken gerät. Außer den Staatsrenten drücken aber auch die neuen Steuern auf die Stimmung und damit auf den Markt. Der Reichstag hat in der Eile, mit der er seine Beschlüsse fassen magte, vergessen, sich mit der Frage zu beschäftigen, ob alle Unternehmungen, die alle gleich befreit sind, in der Lage sein werden, die sozialen Steuern aufzubringen. Die Lohnbetriebssteuer wird von der Ertragsabgabe der mittleren und kleinen Betriebe sogar sicher nicht aufgebracht werden können, es sei denn dieselbe durch Steuerbefreiungen, die zuletzt doch wieder aus der Reichskasse fließen werden. Was ist damit für die Währung gewonnen? In seiner Angst, die Steuer nicht aufzubringen, schlägt schon jeder Unternehmer mit seinen Preisen auf. Hinter ihm drängen und drücken ja auch die Lohnempfänger. Einzelne Lohngruppen schleichen jetzt mit ihren Forderungen weit über die Goldparität ihrer Friedensentnahmen hinaus. Man hört Wochenlöhne von Wirtschaftsbetrieben, gegen die einem hungernden Ungehörigen der freien Waise, der seine 14 Stunden oder noch länger im Tage schuftet, der Masse Geld antommen muß.

Da sind z. B. die Bäckergesellen. Auf deren außerordentliche Aufbesserung berufen sich jetzt die Meister, wenn sie die angekündigte Ermäßigung des Brotpreises von 24000 auf 20000 Mark wahrheitsgemäß wieder rückgängig machen. Zu den Preissteigern gehören aber auch die Gemeinden mit ihren Verkeuerungen der Straßenbahnen. Man ist reurer als in den übigen Fortkriegzeiten. Eisenbahnverwaltung und städtische Werke verweisen auf die Kohlenpreise. Es ist richtig und hier steht ja die Frage alles Uebels: Die Grundstoffpreise zu senken geworden. Für wirtschaftliche Fortschrittlichkeit, die zu Friedenszeiten die Löhne 12-13 Mark kostete, bezahlt man 31 Millionen Mark, d. h. das 2 1/2 Millionenfache. Bei englischer Lohnpolitik betragen die Aufwendungen bei einem Stande des Bundes von 12,4 Millionen immer noch das 2 Millionenfache. Infolgedessen bewegen sich die Preise der Produktionsmittel immer mehr über der Goldparität, infolgedessen die Lohnempfänger nicht länger die Löhne der Inflation mit zurückgebliebenen Löhnen ausfüllen wollen. Das Ende wäre Konfurrenzunfähigkeit auf dem Weltmarkt und Wirtschaftszusammenbruch. Eine dieses letzte Unheil abzuwenden, muß die Regierung versuchen, die Ruhr- und Reparationsfrage zu lösen. Und sie muß dafür sorgen, das diese politische Lösung nicht im Rahmen durch immer neue wirtschaftliche Dummheiten sabotiert wird.

Monarchistenbewegung in Bayern

Ob. München, 20. Aug. (Eig. Ber.) Gestern fanden in Bayern über 120 Massenversammlungen statt für die Wiederherstellung der früheren bayerischen Staatshoheit im Rahmen des Reichs. An den Versammlungen nahmen viele Regierungsmitglieder, Beamte und Behörden teil.

Poincarés Countagrede

Paris, 19. Aug. Die heutige Rede Poincarés hat hier in eingeweihten Kreisen Ueberraschung hervorgerufen. Man vermutet, das Poincaré gegenüber Stresemann zunächst eine abwartende Haltung einnehmen werde. Ganz allgemein wird aber angenommen, das Poincaré sich mit Rücksicht auf die Stresemann bedrängenden Schwierigkeiten eine so große Zurückhaltung auflegt, d. h., das der französische Ministerpräsident sie nicht aufgeben werde, bis Stresemann sie nicht gelöst und sein wahres Gesicht (!) gezeigt hat.